

Konverter: Amprion kauft Fläche in Kaarst

Was sich am Dienstag bereits abzeichnete, wurde gestern offiziell von Netzbetreiber Amprion bestätigt: "Amprion und die ACL Rückverfüllung Kaarst haben sich über den Erwerb der so genannten ‚Kaarster Dreiecksfläche‘ geeinigt." Damit besitzt das Unternehmen nun den Großteil des Grundstücks zwischen A57, Bahnlinie und Landstraße 30, das es für den umstrittenen Strom-Konverter favorisiert.

Dormagens Bürgermeister Erik Lierenfeld hat Amprions Kiesflächen-Kauf zur Kenntnis genommen. "Ich bin auf das weitere Verfahren gespannt", sagte Lierenfeld, der keine Bewertung abgab. Positiv äußerte sich Felix Bracher, Sprecher der Bürgerinitiative "Gegen den Konverter in Gohr, Broich und Umgebung", zu dieser Entwicklung: "Wir freuen uns über dieses gute Zeichen, das zeigt, dass Amprion ernsthaft den Standort in Kaarst umsetzen möchte." Denn Alternativ-Standort ist die Fläche am Umspannwerk in Gohr. Der Kauf der Kiesfläche sei allerdings noch nicht die endgültige Entscheidung für Kaarst, wie Bracher betonte: "Wir werden weiter dafür kämpfen, dass der Konverter möglichst weit von den Menschen entfernt errichtet wird." In Kaarst wäre die geschlossene Wohnbebauung 1300 Meter entfernt, in Gohr 500 Meter.

Bürgermeister Martin Mertens freut sich über die Einigung zwischen Amprion und ACL: "Für Rommerskirchen, vor allem für die vom Standort Gohr mit betroffenen Ortsteile Widdeshoven, Hoeningen und Ramrath, ist es eine gute Entwicklung", sagte Mertens und verweist darauf, dass es in der Bürgermeisterkonferenz schon seit Herbst 2014 Konsens gewesen sei, "dass der Standort mit dem größten Abstand zur nächstgelegenen Bebauung der geeignetste ist."

"Dies ist ein Meilenstein für den geplanten Konverterstandort", sagte Hans-Jürgen Brick, kaufmännischer Geschäftsführer bei Amprion. Die Nutzung der Dreiecksfläche hängt maßgeblich von der Umwidmung des im Regionalplan ausgewiesenen Kiesabbaus ab. Als Mit-Eigentümer wird Amprion bis Ende März eine Stellungnahme zur Änderung des Regionalplans bei der Bezirksregierung einbringen.